

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer



56. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 65 Pf., monatlich 22 Pf., ohne Postbestellgebühr. Nur Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 20. August 1918

Anzeigenpreis: Vereins-, Fortbildungs-, Arbeitsmarkt- und Todesanzeigen 20 Pf. die längste Zeile; Kauf-, Verkaufs- und alle sonstigen Reklameanzeigen 60 Pf. die Zeile. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 96

Aus dem Inhalte dieser Nummer:

Artikel: Aus dem Lager der Zeitungsverleger. — Moralischer Offenbarungseid in der „Leipziger Volkszeitung“.

Gewerkschaftsneuere: Bericht der Generalkommission für das Jahr 1917.

Korrespondenzen: Berlin (M.-S.). — Frankfurt a. d. O. — Wiegeln. — Hamburg: Von Buchdruckern im Kriege. — Nachahmensewerte Beispiele. — Ferien! — Erweiterung des Erscheinens der „Meimarer Schriftstellerzeitung“. — Bessere Regelung der Feuerungsanlagen im Buchbindergewerbe. — Nochmals die Abneigung der Hilfsarbeiter. — Anträge der „Volksfürsorge“. — Kriegsversicherungsgesetze der „Volksfürsorge“. — Nochmals die Gasthauswälsche der Leipziger Mehlbesitzer.

Aus dem Lager der Zeitungsverleger

Wie in Nr. 87 des „Korr.“ mitgeteilt wurde, haben die Zeitungsverleger am 6. Juli im Hauptausschusse des Reichstags einen beachtlichen Erfolg erzielt dahingehend, daß der Kampf um die Papierpolitik des Reichstagschamais zu einer Niederlage der Regierung geführt hat, indem die bisherigen Zuschüsse zu den Kosten der Papierbelieferung der Tageszeitungen unvermindert fortgezahlt und sogar auf die Wochen- und Monatsblätter ausgedehnt werden sollen, so lange die durch den Krieg herbeigeführten Ursachen der Papierveruerung fortdauern. Man kann sich denken, wie dem Grafen Böhren zumute ist, der kräftig abtun wollte und nun sichtlich erweichen soll! Die Verleger freuen der Reichsregierung deshalb auch nicht, sondern betrachten, diese sowohl wie die Regierungen der Bundesstaaten werden sich um den Beschluß des Hauptausschusses nicht kümmern; um so mehr, als sie sich den Wünschen der Verlegerorganisationen bisher stets ablehnend verhalten haben, und Reichs- und Bundesregierungen von dem bekannten Buch (Waffenheide) unter der Firma des recht großspurig benannten Deutschen Verlegerverbandes Lokalpresse mit der Forderung des Abbaues der staatlichen Zuschüsse unter gleichzeitiger zwangsweiser Erhöhung der Abonnementspreise bearbeitet werden. Der „Zeitungsverlag“ wirft diesem Herrn vor, daß er den Abbau nur als Mittel zum Zwecke der geschlichen Erhöhung der Abonnementspreise im Sinn einer künstlichen Staffelung der Bezugspreise zugunsten der Lokalpresse bezwecke. Zeitungsverlegerverein und die leinerseit abgeplattete Vereinigung großstädtischer Zeitungsverleger (Berlin) befinden sich daher seit einiger Zeit in einem gemeinsamen Feldzuge gegen die Regierung. Es wird behauptet, daß der größte Teil der deutschen Zeitungsverleger nur auf Grund der vom Staate geleisteten Zuschüsse imstande sei, seine Unternehmungen aufrechtzuerhalten. Zweifellos stehe den Verlegern kein Anspruch auf Entschädigung für die hohen Papierpreise zu, andererseits wollen die Verleger die Staatszuschüsse aber auch nicht als Unterstützung ansehen, die sie lediglich aus Mitleid für die notleidende Presse erbalden. Die Organe der Zeitungsverleger machen mit der genannten einen Ausnahme den Staat vielmehr für die enormen Druckpapierpreise verantwortlich, weil er es in erster Linie gewesen sei, der durch starke Inanspruchnahme der Zellstoffindustrie für Munition und Spinnpapier die Preise in die Höhe geschraubt habe. Durch staatlichen Eingriff seien alle Papierlieferungsverträge, welche die Verleger mit den Lieferanten abgeschlossen hatten, mit einem Federstrich aufgehoben worden, wodurch die Verleger um Hunderttausende geschädigt worden seien. Nicht für ihre Person verlangen die Verleger eine finanzielle Hilfe, sondern weil die Gefahr bestehe, daß durch den Untergang der deutschen Presse ungeheure Werte zugrunde gerichtet würden.

Aus den beiden jüngsten Nummern des „Zeitungsverlags“ (9. und 16. August) kann man ersehen, in welcher energischer Weise der Pressefurm gegen das Reichstagschamai und gegen die Regierung geführt wird. Die größten Blätter in Nord und Süd, West und Ost sind daran beteiligt; die Parteirichtung macht da keinen Unterschied. Wenn die sozialdemokratische Presse nicht hierbei beteiligt ist, so darf daraus nicht geschlossen werden, daß sie in der Frage der Zuschüsse grundsätzlich einen anderen Standpunkt einnimmt; man findet auch in ihr Volksworte, denen nur eine andre Form gegeben wird. Aus der Menge der Pressestimmen, die im Zeitungsverlegerorgan fortgesetzt werden sollen, was erkennen läßt, daß über den Standpunkt der Reichsregierung bzw. des Bundesrats zu dem angezogenen Reichstagsbeschluß

immer noch nichts verlaufen, seien einige markantere angeführt. Der „Hannoversche Kurier“ erinnert daran, daß die „Serren am Wilhelmshafen“ vor drei Jahren die Zuschüsse nicht eingeführt haben, „um den Verlegern den Säckel zu füllen“, sondern „auch als Selbststrafe dafür, daß sie bei all ihren Machtmitteln nicht verstanden, das Papier in zulässigen Preislagen zu halten“. Die „Münchener Ansburger Abendzeitung“ erklärt: „Der Abbau der Zeitungspapierpreispolitik im gegenwärtigen Augenblicke bedeutet Sein oder Nichtsein der deutschen Presse überhaupt.“ Die „Leipziger Abendzeitung“ schreibt deutlich: „Wenn die Regierung wirklich darauf ausgeht, durch Entziehung der bisherigen Zuschüsse zum Papierpreise die deutsche Tagespresse zu einem großen Teile zu ruinieren, indem sie die Einstellung der Betriebe erzwingt, wo diese bisher noch nicht erfolgen mußte, so könnte von Seiten der deutschen Tagespresse dieser Maßnahme bereits zuvorgekommen werden, um die Katastrophe zu verhüten.“ Die „Münchener Neuesten Nachrichten“ erklären: „Zahllose deutsche Zeitungen können mit dem Zuschüssen kaum die notwendigen Kosten decken.“ Die „Würzburger Zeitung“ (Stuttgart) hebt hervor, daß der Reichstag „von der ultrakonservativen Rechten bis zu den unabhängigen Sozialdemokraten einmütig für die Beibehaltung der Vergütung eingetreten“ ist. Dann zeichnet sie ein Bild von dem, was kommt, wenn man in Berlin „blinde Sabotage“ treiben würde: „Die Folgen dieser Kursänderung in der Zeitungspolitik des Reichstagschamais sind für die Öffentlichkeit wie für die Zeitungen unabsehbar. Eine ungeheure Steigerung der Bezugs- und Anzeigenpreise würde es vielen Millionen, die heute täglich die Zeitung beziehen, unmöglich machen, eine Tageszeitung zu halten; viele hunderte Zeitungen würden zugrunde gehen, andre an den Rand des Ruins gebracht werden. Peinlich fühlbar wären auch die Folgen dieses unverändlichen Verhaltens des Reichstagschamais für Tausende von Zeitungsbeamten, Redakteuren und technischen Arbeitern.“

Eine öffentliche Erklärung der Vereinigung großstädtischer Zeitungsverleger wandte sich in voriger Woche mit Schärfe gegen den von Dr. Hopfen (Starnberg) in der „Neuen Süddeutschen Monatschrift“ unternommenen Versuch, die Reichs- und Bundesstaatszuschüsse als unter politischen Gesichtspunkten gewährt hinzustellen: „zur Zirkulation des Verlagsdrucks“. Diesen baren alldutschen Unfimt führt der Vorstand der zweiten Zeitungsverlegerorganisation mit dem Hinweis ab, es erhalte „jede Zeitung pro Kilo des ihr zustehenden Papiers genau die gleiche Summe, gleichviel, ob es sich um ein Organ sozialdemokratischer, konservativer, fortschrittlicher oder alldemokratischer Richtung handelt, oder ob das betreffende Organ keiner politischen Richtung angehört“.

In Nr. 87 haben wir uns mit der hier behandelten Angelegenheit der Aufrechterhaltung besagter Zuschüsse schon eingehender beschäftigt. Ihre weittragende Bedeutung ist im vorstehenden beleuchtet. Hauptsächlich bleibt die Presse fest. Bringt eigene Auffassung können wir darin zum Ausdruck bringen, daß es als Genugtuung empfunden werden muß, die Reichs- und Bundesregierungen durch den bekannten Reichstagsbeschluß für ihre eignen Sünden geschlagen zu sehen. Den Wucher mit dem Papierholze haben die Regierungen auf dem Gewissen, außerdem die enorme Verteuerung des Papiers wegen dessen ungeheurer Verwendung zu Kriegs- und kriegswirtschaftlichen Zwecken. Dem Staate muß wenigstens ein kleiner Teil von dem wieder abgenommen werden, was rückstehend ihm ja doch zugute kommt aus dieser Preispolitik. Richtiger wäre es, die Zuschüsse direkt an die Papierzeuger abzuführen unter gewissenhafter Abkonditionierung von den Rechnungen für die Zeitungsverleger, denn die ersteren sind ja die Nutznießer. Es ist das in Österreich so der Brauch, und auch die Vereinigung großstädtischer Zeitungsverleger wünscht diesen Weg. Daß der Reichstag die Wochen- und Monatschriften mit einbezogen hat in die Entschädigungspflicht, ist nur recht und billig. Es war einfach ein Übel, für das gleiche Papier, wenn es z. B. für ein Gewerkschaftsblatt verdruckt wurde, etwa 60 Proz. mehr zu bezahlen als bei Verwendung für eine Tageszeitung. Diese Selbststrafe für die Ohnmacht dem Kriegswucher und den Verteuerungspraktiken der Kriegsgesellschaften gegenüber müßte aber vornehmlich bei den Lebensmitteln zur Einführung kommen. Wenn der Reichstag da einmal zugreifen würde, könnte es wohl doch anders gehen als mit der jetzigen Preissteigerung bis zur Unkenntlichkeit und dem daraus folgenden Unheil für die breite Volksmasse. (Schluß folgt.)

Moralischer Offenbarungseid in der „Leipziger Volkszeitung“

Die politische Ragoutfische, „Leipziger Volkszeitung“ genannt, besorgt im 25. Jahr einem nicht gerade anspruchsvollen Publikum die geistige Speisung. Abgesehen von einigen Perioden, die mit nachlässiger Kost Versorgung verdienen, ist während dieses ja nicht kurzen Zeitraums nichts weiter erreicht worden als gründliche Unterernährung, wie sie die vielen Koboldbengericht, die undefinierbaren städtischen „Kraffuppen“ und das ewige Öberrgmeiße des Kriegshüchenszeitels unserer Tage auch nicht unheilvoller zu bemerkstelligen vermochten. Für die Gewerkschaften hat die „L. V.“ immer mit Spezialgerichten aufgewartet und den Buchdruckern stets die schlechtesten davon vorgelegt. Gegen diese Unterfütterung ihrer Wagenbedürfnisse hat schon Galsch protestiert. Unter Verkäuflichkeit kam es zu den häufigsten und heftigsten Ausritten wider die Sawirtschaft im besagtem Küchenbetrieb. Ungeachtet der in unserer Organisation ungebunden herrschenden parteipolitischen Meinungsfreiheit wurde in Leipziger Verbandsversammlungen daher in den zurückliegenden Jahrzehnten mehrmals offen zur Abbestellung der „L. V.“ aufgefördert, und Tausende von Buchdruckerabonnenten gingen ihr verloren. Seitdem die „L. V.“, nach einer kurzen Verunfaltung zu Anfang des Weltkriegs, die alle sozialdemokratische Partei zu einem Trümmerfeld zu machen mit schlechtem Gelingen sich abquält, schleudert sie mehr und schrulliger denn je, auch in die Einseitigkeit der Gewerkschaftsbewegung den Feuerbrand. Es bleibt von dieser Irabestspiele keine Organisation verschont. In Leipzig selbst hat sie damit schon manches erreicht; nirgends sonst ist eine solche Aufässigkeit gegen die rechtmäßigen Vertretungen der Gewerkschaften wahrzunehmen. Der seit über einem Jahr entkachte Streit um das Leipziger Gewerkschaftskartell ist ebenfalls ihr Werk. Aber auch der Ift in der Hauptflache vorbeigelen. Im Metallarbeiterverbande hat sich sogar ein Fähnlein der Aufrechten gebildet, das unter Führung des auch den Buchdruckern nicht unbekanntem Arbeiterweltreisenden Erik Kummer tapfer wider den Stachel löst und mit dem von diesem drastisch geprägten Kampfrufe gegen den „Schnourenradikalismus“ der politischen und gewerkschaftlichen Pöbelspieler in Leipzig die Selbstbestimmung tüchtig fördern hilft. Daß die Gewerkschaftspresse fast durchgängig den Vorgängen in Leipzig erhöhte Aufmerksamkeit widmet und sich mit der „L. V.“ auf dem Kriegspfade befindet, ist unter solchen Umständen nicht zu verwundern.

Wie notwendig die Erkenntnis ist, daß man es in den Mächern der „L. V.“ nicht mit ehrlichen, unter der Kriegspolyphe von der richtigen Bahn abgerriten Beobachtern zu tun hat, sondern schlechweg mit mehrlichen Malatoren, zeigt wohl der Umstand, daß dieses Blatt vor acht Wochen anlässlich der Unterfütterung des Bittberhaupthalterers, den es zu einer „Hauptstütze der Regierungsozialisten“ in Bremen machte, in seiner höchster Verbeugung dienenden Gewerkschaftsdruckerei eine Notiz brachte, worin als „bezeichnend für die Stimmung gegen die Gewerkschaftsbongen in hiesigen Arbeiterkreisen“ die Aufassung: „Wenn uns doch bloß eine Fliegerbombe ins „Gewerkschaftshaus“ von der ganzen Gesellschaft erschlagen würde“, besondere Aufmerksamkeit. Damit wurde — bis jetzt — der Gipfel moralischer Verwilderung erreicht, zugleich aber eine gewaltige Dummheit begangen, denn zur gleichen Zeit ereignete es sich in Werdau, daß dort, um in der Sprache der „L. V.“ zu reden, eine „Hauptstütze der unabhängigen Sozialisten“ unter die Räder kam: als Führer einer Räuberbande, die Einbruchsdiebstähle im großen Vertriebe, auf Abblatze drei Jahre und drei Monate Gefängnis erhielt. Die Verhaftung des unabhängigen Parteihauptlings in Werdau erfolgte, als er aus Bewidung von der Beeridigung des Abgeordneten Stelle zurückkehrte. Solche Riesentapptigkeiten ereignen sich zwar nicht jeden Tag, aber für die moralische Plebe der „L. V.“ sind die vielen andern zum täglichen Zeitvertreib schreibenden Vorgänge schon gravierend genug.

Bei den Buchdruckern ist das Mobilisieren und Aufpuffen gegen die Hauptleitung, die Vorstände und die „Inflanzpolitik“ gemeinhin keine so einfache Sache. Die Osterbockstadt von Gofba-1917 verlangt auch, mit der angeblich demokratischen Tugend des Mitstrauens Anfang um jeden Preis zu üben. Deshalb verlegte die „L. V.“, abgesehen von kleineren verschrobrenen Sittlungen und unberufenem Einmischen in ein-... Vorkommnisse an andern

Ordnung, welche wir zumest unbeachtet stehen, auf die Verzerrung der materiellen Lage der Buchdruckerghesellschaft. Die blamable Verwöhnung und Verwässerung eines Sektionsberichts mit dem Gesamtbericht der Buchdruckerberufsgenossenschaft führte vor bald Jahresfrist im Vereine mit dem kurz zuvor ohne Verfallens- und Quellenangabe erfolgten Abdruck eines der Auffassung in der Tauscher Straße entgegengesetzten Urteils von Emil Böblin zu einer ergötzlichen Abbildung der „R. B.“ in unsern Nr. 106, 111, 113 und 115. Was sich damals das Leipziger Organ an Rechenunfälligkeiten leistete, fand auf der „Höhe“ der kürzlich verbrochenen Karikatur, worin nach der Voraussetzung, daß zu 3 Pfd. Grundration noch 3 Pfd. Sonderzuweisung kommen, in allem Ernst gesagt wird, es gäbe also 1 Pfd. mehr, zusammen aber nur 3 Pfd., gegen 7 Pfd. in andern Städten. Die daraus sprechende „Stellensagen“ ließ sich ganz Leipzig anschauen, wie man sich im vergangenen Jahre vor Vergnügen schiffelte über die Ausrechnungen und Behauptungen uns gegenüber, die darin gipfelten, daß die Löhne der Buchdrucker in den Kriegsjahren gesunken seien. Die aus dem eignen Verlebe der „R. B.“ gegebenen Beispiele, wie man praktisch zur „Hebung“ des Lohnniveaus beiträgt, erbrachten einen glanzvollen Effekt für uns. Als nach dem letzten Kennen das technische Personal der „R. B.“ aus der „Stellung“, daß die Buchdrucker jetzt am Hungerluche nagen“ infolge der von ihrer Organisation mitgemachten „Generalkommissionspolitik“, die richtige Konsequenz zog und beflagtes Hungerluch mit allen Gebarden des Hungerinns vor den Augen der Geschäftsleitung schwenkte, da gab es zum ersten Male gar keinen Anstand: glatt wurden ganze 3 Mk. Zulage bewilligt. Wobei man aber vorjährl nicht vergaß, die Anrechnung dieser 3 Mk. bei der nächsten allgemeinen Feuerungszulage auszubilden. Da über diese fast im gleichen Augenblicke der Karikatur verhandelt wurde, so konnte die Freude über ein Entgegenkommen von Seiten der Geschäftsleitung nur kurzlebig sein. Immerhin war dieser Vorgang uns eine Genugtuung, denn so hatten doch unsere Kollegen in der „R. B.“ einen kleinen praktischen Erfolg von den Kriegsjahren, zu denen der „Korr.“ durch die Verbotsheft des Gewerkschaftsamateurs jenes Blattes gezwungen war.

Die „R. B.“ als immer schürendes Element fand dann einige Zeit darauf — im Dezember — in dem schreibseligen „Stabsstrompeter“ einen Mitarbeiter, der nach ihrem Gusto an dem Bilde des Buchdruckerelends welterzumalen vermochte, aber auch die andre Seite — die Führerheute — darüber nicht vernachlässigte. Da der Mann Buchdrucker ist, wurden ihr wenigstens äußerlich so größte Reinfälle erspart, wie sie zuvor dem Gewerkschaftsdilettanten ihrer Redaktion bechieden waren. Dem aber dampfte das Fell noch, weshalb er die nach der Jellenbreite des „Korr.“ etwa 200 Zeilen lange „Stabsstrompeter“ durch den Vorbehalt, nicht mit allen Einzelheiten einpfeifenden zu sein, in welchem Maß entwerfete. Wir stehen deswegen und auch, weil es bei den Leipziger Kollegen gar keinen Anstand fand, das Zeug unbeachtet wie so manches vorher. Daß den Buchdruckern in Wiederholung der Generalmarfch von E. geblasen werden würde, erwarteten wir bestimmt. Es geschah aber erst Ende Juli dieses Jahres, wieder in dem gleichen Umfange, diesmal in keiner Weise abgeschwächt, aber stärker in der Tendenz, daß die ganze Richtung nicht paßt, und gepfeffert gegen die Führer und Vertreter der Ghesellschaft. Nunmehr erfolgte von uns (Nr. 99) der Gegenfchlag mit der lensationellen Entbillung, daß die „R. B.“ sich in dem E. von einem unorganisierten, auf den Anarchismus eingeworrenen Buchdrucker bedienem läßt, dem vor zwei Monaten erst durch die höchste Instanz unserer Organisation, die Generalversammlung, die Wiederaufnahme rundweg abgelehnt war. Weiß und breit in den Buchdruckergauen war man sprachlos, wie wundervoll sich hier einmal wieder vermandte Seelen gefunden hatten. In andern Arbeiterkreisen wurde sofort die Erinnerung an die Schugherrenfchaft der „R. B.“ über den berühmten Adack wach, gegen den selbst Rosa Luxemburg die Bannbülle geschleudert hatte. Die zweifelhaftesten Elemente sind eben bei diesem Wats noch honorrige Leute.

Nach Tage später hatte der Gewerkschaftsanalphabet der „R. B.“ heraus, wie man den „Korr.“ lassen könnte. Da keine geistige Ausrichtung nichts mehr hergab, mußte es moralische Entfristung tun, und da ihm diese allein auch nicht genügen würde, nahm er sich Bestand. „Zwei Verbandsbuchdrucker in Dresden: G. G., O. R.“, wie sie unterzeichnen, fanden sich bereit, in einem „Offenen Brief“ der „R. B.“ als Ironie gegen den Redakteur des „Korr.“ zu dienen und für den „Stabsstrompeter“ einzutreten. Dieses seltsame Drolgepann ist mit selnem ersten Galopp gegen den „Korr.“ gleich eisdialisch losgefahren.

Der Mann mit der efernen Stirn in der „R. B.“ hat nicht mit einem Worte den Mut, seinen Namen zu lassen, wozu seines Kind sein Mitarbeiter E. ist; sie müssen viele mehr den Schimpfapostel aus der auch in Leipzig idell Bekannten Materialen „Einigkeit“ für einen vollendeten Ehrenmann halten. Dafür behauptet die geborene Unverfrorenheit aber vom „Korr.“ mit stillstem Augenaufschlag: Er bleibt seiner bekannten Manier treu und greift den Verfasser der Aufschrift in der scholesten Weise persönlich an. Sein Verhalten ist besonders verächtlich, weil er sich nicht scheut, den Namen des Attikelschreibers zu nennen, der ihm nur von jemand unbekannt sein kann, der einen Vertrauensbruch verübt hat. Solch christlicher Bursche bedient sich der „Korr.“, um einem Kritiker entgegenzutreten. Das Organ der Buchdrucker besitzt nicht eine Spur von Gefühl für Reinlichkeit, deshalb heißt es hierwelles aus der treiben Quelle, die ihm zur Verfügung steht.

Der letzte Satz paßt einfach klassisch auf die „R. B.“ bzw. ihren gewerkschaftlichen Abkömmling, der nun schon zum zweiten Male mit dem Mitarbeiter E. als aus einer sehr frühen Quelle geschöpft hat. Die Vorstellung des „Stabsstrompeters“ geschah von uns in Nr. 90 folgenden aktenmäßig; schloß sind nur die darin aufgezählten, meist die eignen Worte darstellenden Handlungen von E. Daß wir den Namen des Attikelschreibers in der „R. B.“ richtig nannten, bestreitet die Gewerkschaftsleuchte der „R. B.“ gar nicht, obwohl ihr auch das zuzutrauen wäre, wenn sie glauben könnte, damit durchzukommen. Nicht verächtlich, sondern verdienstlich ist die Demaskierung des „Stabsstrompeters“! Es mußte gesagt werden, wer der Mann ist, damit nicht weiter ein paar Namen in der Leipziger Kollegenliste kürzieren konnten; es mußte auch gegeben, um dem E. das veruchte Gimmeln mit seiner Schreiberei anderswo unmöglich zu machen. Direkt verabschwendet handelte indes das gewerkschaftliche Irrlicht in der „R. B.“, als er auf unsern ersten Stieb (Nr. 106) im vergangenen Jahre, den selbst der jüngste Buchdruckerlehrling als Redaktionsartikel erkannte, dreispurig und in scholster Weise den Kollegen Mplau als Verfasser herunterriß. Daß er dennoch den Namen verschwieg, ist lediglich auf die dem „Schwauzenradikalismus“ anhaftende Feigheit zurückzuführen; wer so überdeutlich von jemand spricht, sagt mehr als mit Namensnennung. Der Gemütsmenschen nahm dann von einer Mplauschen Erklärung nur in vier Zeilen Notiz; nicht ein Wort des Bedauerns über die hanebüchene Verunglimpfung findend.

Zu diesem ersten moralischen Offenbarungsidee gefell sich noch ein zweiter. Das Geschreibsel von dem durch „ehrlose Burschen“ verübten Vertrauensbruch“ ist nämlich eine mit allem Bewußtsein erhobene falsche Anschuldigung! Sie kann sich nach zwei Seiten richten: gegen die eignen Redaktionsmitglieber oder gegen das Personal in der Seherlei der „R. B.“. Gegen die erstere Möglichkeit spricht vor allen Dingen unser Gefühl für Reinlichkeit. Die zweite kommt gar nicht in Betracht. Mag die bei der Firma Liebmann & Co. vorhersehende Dummheit auch noch so massiv sein, schwerlich wird sie so weit gehen, das Auforgebmiss in einer kritischen Buchdruckerleuchte die Redaktion hinausbringen zu lassen. Obwohl eine Rückfrage bei dem ahnungsvolleren „Stabsstrompeter“ eine Spur des fürchterlichen Verbrochens hätte entdecken lassen, läßt der ehrenwerte Bursche in den schärfsten Ausdrücken einfach eine Verdächtigung vom Stapel, die trotz ihrer allgemeinen Haltung die Seherlei zweifellos in erster Linie treffen muß. Wir haben mit unrer Entgegenung gewartet, ob nicht eine Verwahrung des in der Seherlei beschäffigten Personals erfolgen würde. Nun müssen wir sagen, daß bei aller Respektierung der Prebfreiheit es uns unbegreiflich erscheint, wie Kollegen, die hier mit reinstem Gewissen dahstehen, eine raffiniert gegen sie sich richtende Verdächtigung mit der bei der „R. B.“ üblichen Zugabe fassiger Beschränkung („ehrlose Burschen“) so ruhig hinnehmen, als ob sie das gar nichts angeht. Wenn dieser Vorfall sich etwa in einem andern Blatt ereignete hätte, würde der Moralapostel jedenfalls an die Arbeiterheute appellieren, sich deraufes unter keinen Umständen bieten zu lassen. Abgesehen ist das Getue über Vertrauensbruch von der „R. B.“ eitel Spiegelscherelei; sie würde in jeder Seile gern von zweien Notiz nehmen, wenn ihr Gelegenheit dazu gegeben wäre.

Ob die zwei Dresdner Schildhalter über die „R. B.“ und den „Stabsstrompeter“ mit den vor vier Wochen im Briefkasten (Nr. 84) gekennzeichneten anonymen Karikatschreibern an uns identisch sind, wissen wir nicht. Was sie sich in der „R. B.“ von der Seele gedreht und geschimpft haben, ist ordnliches Zeug oder dünkelhaftes Geplapper. Als ehemaliges Mitglied der Leipziger Gauvereins halten sie es für ihre Pflicht:

Hentlich zum Ausdruck zu bringen, daß nach unrer Kenntnis bei wemem nicht alle Mitglieder des Verbands diese — gelinde gesagt — schäbige Redaktionsführung ihres Verbandsorgans denken werden. Wie mehr werden weite Kreise nach Kenntnis des E. Attikels demselben ganz oder doch fast ganz zustimmen. „Daß du die Naß ins Gesicht behältst“, möchte man mit Unkel Brigg ausruhen. Gustav Giebler und sein harmloses Ableben Aurf Rosenblender fühlten sich gewaltig, wenn sie von ihrer stabsstrompeterlichen Erleuchtung aus auf eine gleiche Meinung in wemem Verbandskreise schlüßfolgten. Das Gegenheil trifft zu! Wenn die Stimmung nach unrer Scheinwerferbeleuchtung des Buchdruckermitarbeiters der „R. B.“ schon recht gedoben war, so ist sie durch den „Offenen Brief“ direkt vergnüglicht in Leipzig geworden, was in dieser ersten Zeit etwas helfen will. Man hat Giebler von seinem Zutreten in den Leipziger Verlammlungen vor dem Kriege noch in grobartigem Andenken; es ist mehr oder weniger mit dem eignen Manswurfs verfallen worden. Und von seinem „Schwauzenradikalismus“ lebt die drastische Probe aus Beispiel noch in aller Erinnerung, daß er bei B. & Co. wohl einmal mit dem minimalst Entlohnsten vorging, zum Aufhören bei Ablehnung einer Zulassung jedoch nicht die nötige Hüllcoure hatte, während die andern logisch die Konsequenzen zogen. Giebler dugierte sich erst bei einem später eintretenden geschäftigen Umstand ohne Aufsehen aus dieser Konstellation. Seitdem wem man in Leipzig vollends, was von diesem „strammem Gewerkschaftler“ zu halten ist. In Dresden hat Giebler mit dem Erlolge debilliert, daß ihn weite Kreise gar nicht ernst nehmen. Ist es an sich auch nicht erhebelnd, daß Verbandsmitglieder der „R. B.“ gegen ihr eignes Organ an Hülfe eilen und jemand zu decken suchen, der wegen öffentlicher Beschimpfung des Verbandes ausgeschlossen werden mußte, so wird diese Schäßigkeit doch gemildert durch die Tatsache, daß ausgerechnet Gustav

Giebler der Mann ist, mit dem die gewerkschaftliche Naß der „R. B.“ ausgeblüht wider uns in die Arena ftieg.

Wenn die Dresdner Spannungäule noch etwas über die wahre Stimmung in Leipziger Buchdruckerkreisen vernahmen wollen, so können wir ihnen sagen, daß die „Stabsstrompeterlei“ und die „Gieblerlei“ eine große Anzahl von Kollegen zu der Erkenntnis gebracht hat, ihre gelistige Speltung nicht mehr aus der Tauscher Straße zu beziehen. Es fällt das jetzt, bei der Existenz eines zweiten politischen Arbeiterblattes in Leipzig, das in beiderlei Richtung zum Ganzen hält, ja leichter als früher, wo der Abfall von der „R. B.“ den Übergang zu den „Leipziger Neuesten Nachrichten“ bedeutete, was viele gefeucht haben.

Entgegen der im gewerkschaftlichen Zeile der „R. B.“ ihrer von Unfähigkeit und Böswilligkeit am meisten beherrschten Rubrik — üblichen demagogischen Gepflogenheit, alles zu unterfuchen, was zum Gegenbeweis angeführt wird, sei unsererseits erwähnt, daß der Mann des moralischen Offenbarungsidees behauptet, es sei Tatsache, daß andre Arbeiterfchichten, die lange nicht solch qualifizierte Aufgaben verrichten als die Buchdrucker, weit größere Lohnzulagen während des Krieges erlerkt haben“, und daß die beiden Dresdner Nachbeter erklären, sachlich sei nichts von uns dem Mitarbeiter E. erwidert worden, „weil eben nachte Tatsachen schlecht widerlegt werden können“. Wir meinen, die nach keinerlei Beschönigung unrer Lohnverhältnisse aufgestellte Behauptung in Nr. 90: „Aber das steht trotzdem fest, daß es keine Arbeitergruppe gibt, die gleichmäßig in Stadt und Land und einen jeden erfassend seit dem Herbst v. J. 24,50, 23,50 und 22,50 Mk. pro Woche herausgeholt hat, und zwar trotz der durch die Kriegswirtschaft sehr ungünstig beeinflussten gewerblichen Lage“, wäre greifbarer Kern genug gewesen, uns des Gegenteils zu überführen. Man kann nicht nur mit Worten operieren, sondern muß auch mit Gründen arbeiten. Ws nenne man uns die Arbeiterfchichten, die so sehr weit den Buchdruckern allgemein voraus sein sollen! Mit Beispielen von Einzelgruppen, von denen das Brück zu sagen wäre, ist gar nichts bewiesen. Seitdem auch die „R. B.“ die ganz ungleichmäßigen Löhne in der Rüstungsindustrie gemäß der Dienstfchicht des Metallarbeiterverbandes preisgegeben und nachdem noch an andern Arbeiterfchichten exemplifiziert hat, daß es mit dem Gerede von den hohen und außerordentlich hohen Löhnen recht windig aussieht, wird sie mit der Beweisführung gegen uns ins Gedränge kommen. Im vergangenen Jahre spielte sie die Metallarbeiterföhne noch gegen die Buchdrucker aus, in diesem Frühjahr aber brachte sie einen Bericht, daß in vertriebenen Betrieben der Leipziger Metallindustrie die Abmachungen vom April v. J. nicht eingehalten wurden.

Wir glauben, der Geschäftsführer der „R. B.“ hat diverse Messen lesen lassen, daß die „Oberartikalgemeinschaftsbetracht“, wie es in der „Gieblerlei“ annuffig heißt, in Betracht der Lage des Gewerbes, die auch für ihn sehr fühlbar ist, nicht mit ihrer vollen Forderung durchgekommen sind. Wir ihr selten die von dem Gewerkschaftsattheten der „R. B.“ immer heruntergerissenen Beschlässe der Tarifgemeinschaft als Diskum, nicht aber ihrer wahren Bedeutung nach als Minimum des zu Gewählenden. Der Mitarbeiter E. wendet sich jedoch gerade gegen die Nivelierung, er will qualifizierte Arbeiter davor bewahren. Verneint der „Stabsstrompeter“ auch den Grundzug des Buchdruckerartikels, denn dieser schaff in allem nur die untere Basis, läßt sonst aber jeden Spielraum zu, so hat er im Grunde genommen, wenn auch unbewußt, in seinem Attikel nicht am wenigsten gegen die im Verlebe der „R. B.“ herrschende Praxis Stellung genommen! Dafür können wir, wenn es noch erforderlich wird, beweiskräftiges Material zur Genüge erbringen, sogar aus den letzten Tagen. Selbstverständlich auch ohne jeglichen Vertrauensbruch des Personals.

Als dieser chronologischen Darstellung ergibt sich ektant, was nach gewerkschaftlicher Einschätzung von der „R. B.“ als der eigentlichen Nachfolgerin der lokalitlich-individualistisch-anarchistischen „Einigkeit“ zu halten ist. Die freien Gewerkschaften haben in ihr die gefchworene Feindin zu erblicken. Der „R. B.“ als verunglückt anzusehende „Sozialdemokratische Gewerkschaftsbühnerlei“ ist ein Beweisstück mehr. Die formelle Abwehlung der von Stuttgart aus verübt gewesenen Separation ändert daran gar nichts. Reell war dieses Verdrücken nicht. Die Bremser „Arbeiterpolitik“ selbst ja die „R. B.“ in allem der Unerschlichkeit. Die Geschichte der Mitarbeiterfchicht des „Stabsstrompeters“ daß nun in Ermangelung sachlicher Verleibungsargumente zu einem moralischen Offenbarungsidee der honesten Firma Liebmann & Co. in aller Form geführt; ist ist sie mit ihrem Kredit vollends zu Ende. Alles, was sie weiter gegen die Buchdrucker, ihre Dramatisten und führenden Personen wie gegen ihre karfischen Einrichtungen ausfchleimen wird, kann lediglich in der Auffassung bestärken, daß aus dieser politischen und gewerkschaftlichen Ragoutfische nur noch Drecksutter zum Ausgabe gelangt, und das nicht einmal in der Wohlbehaltigkeit kriegsmüderer Rationierung.

□ □ □ Gewerkschaftsrevue □ □ □

Es ist auf, wenn in der Entscheidungen Kntsch gewisse Marksteine erkennen, von denen aus man rückblickend und vorausschauend zu einer besseren Würdigung der Dinge vorgehen hat, die im Wechsel der Zeit, besonders der heutigen, ein hüßig recht unerkennliches Bild zeigen. Als solcher Markstein darf in der deutschen Gewerkschaftsbewegung der Bericht der Generalkommission für das Jahr 1917 angeprochen werden.

Im das Erstschliche vorwegzunehmen: die Gefahr für den Bestand der Gewerkschaften, die in den ersten Kriegsjahren zweifellos vorhanden war, darf als beseitigt gelten. Wenn Ende 1916 festgestellt werden mußte, daß die Mitgliederzahl auf unter eine Million — 949633 — gesunken war, so konnten am Jahreschluß 1917 bereits wieder 1276632 Gewerkschaftsmitglieder gezählt werden — und diese Zahl ist nach den neuesten Erhebungen im ersten Quartal 1918 auf 1336519 gestiegen. Dabei sind nicht mitgezählt die Mitglieder der Verbände der Chorführer und der deutschen Eisenbahner. Von den Mitgliedern waren 931783 männliche und 354786 weibliche. Die Zahl der letzteren ist damit um 133715 höher als vor dem Krieg; im Verhältnis zu den überhaupt in der Industrie beschäftigten weiblichen Personen zwar kein überwältigendes Ergebnis, aber doch ein immerhin erfreuliches Zeichen dafür, daß auch diese durch raube Schicksalsläufe zu Hunderttausenden ins Erwerbsleben gestohlenen Proletarierinnen mehr und mehr den Ernst der Lage erkennen lernen.

Besonders eingehend beschäftigt sich der Bericht mit der Haltung der Generalkommission in politischen Fragen. Nur wenige Verbandsvorstände haben sich damit nicht einverstanden erklären können. Schuld an den Unstimmigkeiten sei die in der sozialdemokratischen Partei eingetretene Spaltung, die von einer Minderheit auch auf die Gewerkschaftsbewegung zu übertragen versucht werde, um einer anarchisch-individualistischen Tendenz Geltung zu verschaffen, „die aus den Gewerkschaften einen politischen Machsfaktor auf einem Gebiete machen will, das ihrem Wesen fernliegt“. Bemerkenswert ist, was zu diesem selben Thema unlängst die „Deutsche Arbeitsbewegung“ sagte: „Die Zerwürfnisse und Gegensätze zwischen den beiden sozialdemokratischen Fraktionen haben auf die Gewerkschaften übergegriffen und werden dies auch weiter tun. Da der Streit in den letzten Wochen an Erbitterung eher noch zugenommen hat, können auch steigende Mitgliederzahlen, solange dieser Streit nicht ausgeglichen ist, als zuverlässige Beweise für ein Wiedererstarren der freigewerkschaftlichen Organisationen schwerlich in Anspruch genommen werden.“ Hier ist natürlich der Wunsch der Partei des Gedankens, daß der Krieg den Gewerkschaften den Garaus machen möchte; wir sind aber der festen Überzeugung, daß es mit dem frommen Wunsche sein Werden haben wird. Ganz richtig sagt der Bericht der Generalkommission u. a.: „Der Versuch, die Gewerkschaften zu sprengen, könnte Erfolg haben, wenn nicht die Masse der Arbeiter infolge früherer Erfahrungen oder aus instinktivem Empfinden heraus die Gefahr erkennen würde, die ihr droht, wenn ihre wirtschaftlichen Organisationen zertrümmert würden. Deswegen ist es in den schwersten Zeiten des Krieges, trotz aller lähmenden Verheerung, der Herabwürdigungen und Verleumdungen der feindlichen Kräfte der Gewerkschaftsbewegung nicht zu einer Sprengung der Gewerkschaften gekommen, und wird es auch in der letzten Periode des Weltkrieges nicht kommen.“ Abschließungen werden trotz allem möglich sein, aber eine Schließung des Bestandes der Gewerkschaften wird damit nicht erreicht werden.

Aber das Zusammenarbeiten mit den Zentralstellen der anderen Gewerkschaftsrichtungen wird beruht, daß dasselbe im vergangenen Jahre fortgesetzt worden ist, und daß es sich hierbei nicht etwa um ein neues, infolge des Krieges erst in Erscheinung getretenes Stadium handelt. Bereits 1911 sei der Feinarbeiterschlutzonengemeinschaft mit den Zentralstellen der christlichen und kirchlich-durchgeführten Gewerksvereine einbezogen worden; ebenso habe die Generalkommission vor dem Kriege mehrfach Anregungen zu gemeinsamen Tagungen gegeben, wenn allgemeine Arbeiterinteressen in Frage standen. Dasselbe strebe sie auf das gelegentliche Zusammenarbeiten mit Reichsämtern und sonstigen amtlichen Stellen. Gemeinsam mit den Leitungen der christlichen und kirchlich-durchgeführten Gewerkschaften, der Polnischen Berufsvereinigungen und den Angestelltenverbänden sind an Bundesrat, Reichshaus und Reichstag eine Reihe von Eingaben eingeleitet worden; wegen Sicherung der Rechte der Arbeiterchaft im Arbeitsvertrag in staatlichen Monopolbetrieben; soziale Anforderungen bei Regelung des Übergangs von der Kriegs- zur Friedenswirtschaft; Erhöhung der Sätze für Bemessung der Leistungen der Kranken- und Invalidenversicherung; Durchführung des Hausarbeiterschlutzonengemeinschaft; Durchföhrung des Hausarbeiterschlutzonengemeinschaft; Entwurf eines Gesetzes betreffend Arbeitskammern und gewerblichen Einigungsstellen. Die Bemühungen der Generalkommission in Gemeinschaft mit den Zentralstellen anderer Arbeiterorganisationen wegen Aufhebung von Verordnungen der Stellvertreternden Generalkommandos, die unrettbarlich drückend auf der Arbeiterschaft und ihren Organisationen lasten, blieben erfolglos. Dieses Beharren auf solchen ausnahmsgelegentlichen Zuständen ist nach Ansicht der Generalkommission nicht zureichend die Ursache der Arbeitseinstellungen im Januar 1918 gewesen.

Auch die Handhabung des Hilfsdienstgesetzes hat mehrfach an Verhandlungen künftlicher Gewerkschaftsgruppen mit dem Kriegsamt geführt. Obwohl den berechtigten Forderungen der Gewerkschaften im allgemeinen Rechnung getragen worden ist, trifft dies leider nicht in allen Punkten zu. So sei die von den Vertretern des Kriegsamts anerkannte Forderung, daß keine Entlassungen von Reichsmilitären vor Ablauf der Reklamationsfrist zulässig sind, und Meldungen von Wechsel der Arbeitsstelle nicht an das Bezirkskommando gehen sollen, bisher nicht durchgeführt worden. Ein Erfolg ist jedoch erzielt bei den Verhandlungen über Entschädigung der in Kriegsdienst befindlichen künftigen Arbeiter, die infolge Schwierigkeits an Arbeit gezwungen sind.

Selbständig ist die Generalkommission vorgegangen bei den Eingaben über „Sozialpolitische Arbeiterforderungen

der deutschen Gewerkschaften“, bei den „Gewerkschaftlichen Forderungen zum Friedensvertrag“ und der „Aufhebung des Verfallrechts durch die Verordnungen der Stellvertreternden Generalkommandos“.

Die Stellung der Gewerkschaftsvorstände zu den Januarerkeits 1918 ist im Berichte durch die Wiedergabe einer am 1. Februar beschlossenen Erklärung festgelegt. Bezeichnenderweise ist das „Korrespondenzblatt“ an einer Wiedergabe derselben durch „höher Gewalt“ verhindert, was natürlich auch auf die „nachgeordneten Instanzen“ zutrifft und hier nur diese Tatsache feststellen läßt.

Die bedeutungsvollen Arbeiten der von der Gesellschaft für Soziale Reform berufenen Kommission für die Vorarbeiten zur Ausgestaltung des Arbeitsrechts — eine der dringendsten Notwendigkeiten der allernächsten Zeit — haben die Generalkommission zum Beitritte zu genannter Gesellschaft veranlaßt; ein Vorgang, der zu irgendwelcher Kritik Veranlassung wohl nirgends gegeben hat. Wesentlich anders ist das Inverbindlichwerden der Generalkommission mit dem Volksbunde für Vaterland und Freiheit von einem Teile der Arbeiterschaft beurteilt worden. Die Ziele dieses Volksbundes, der durch eine Zusammenfassung möglichst aller freibeitlich und forschrittslich denkender Kräfte auf eine Verhängung der Völkerei und den Ausbau des Staates auf der Grundlage des Rechts hinwirken will, sind durchaus anzuerkennen. Der gewollte Zweck sollte um so mehr die Unterstützung der Arbeiterschaft finden, als die durch ihre annexionistische Propaganda kriegsverlängernd wirkende Vaterlandspartei jeden Fortschritt innen und außen zu verhindern befreit ist. Wenn allerdings zukünftig leitens des Volksbundes für Vaterland und Freiheit keine größere Aktivität als bisher erkennbar wird — Veranlassung dazu ist zweifellos reichlich genug vorhanden gewesen —, so dürfte auch die Stellung der Generalkommission zu dieser Koalition einer Revision unterzogen werden müssen. Neuestens tritt ja der Volksbund mit seiner Korrespondenz und mit Veranlassungen etwas mehr hervor, auch wird aus einer Reihe von Städten Beitritt der freien Gewerkschaften gemeldet, aber ist in einer solchen Zeit nicht weit größere Energie aufzubringen — die Gesellschaft für Soziale Reform vermag das doch so freischlich —, dann fehlt die Zugkraft und der gewollte gute Zweck geht verloren.

Die Generalkommission arbeitet ferner mit im Generalkomitee der Vereine vom Roten Kreuz und hat ihren Beitritt zum Verbands zur Förderung deutscher Theaterkultur vollzogen. Ist die erstere Tätigkeit, als im Interesse unserer Kriegsteilnehmer und besonders der Kriegesverletzten gelegen, besonders begrüßenswert, so darf an die Zugehörigkeit zu dem erwähnten Verbands die Erwartung geknüpft werden, daß damit den Bestrebungen, künstlerische Darbietungen immer mehr auch den weniger bemittelten Volksschichten zugänglich zu machen, ein neuer, starker Impuls gegeben wird.

Die Generalkommission ist nach Kräften bemüht gewesen, eine Verständigung unter den Gewerkschaften aller Länder über gewerkschaftliche Forderungen zum Friedensvertrage herbeizuföhren und war auf den internationalen Gewerkschaftskonferenzen in Stockholm am 8. Juni 1917 und in Bern am 1. Oktober 1917 vertreten. Daß eine Verständigung bisher nicht erzielt werden konnte, kann der Generalkommission nach allem über solche Bemühungen bisher bekannt gewordenen nicht zum Vorwurfe gemacht werden.

Ein wenig erfreuliches Bild ergibt der Kassenbericht. Einer Gesamteinnahme von 413904,81 Mk. stand eine Gesamt Ausgabe von 527974,09 Mk. gegenüber. Infolge des Gebelbetrags von 114069,27 Mk. ging das Vermögen der Generalkommission von 338217,88 Mk. auf 224128 Mark zurück.

Der Bericht gibt noch einen Überblick über die Tätigkeit des Arbeiterinnensekretariats und der Sozialpolitischen Abteilung. Weiter werden die — leider meist negativen — Bemühungen der Gewerkschaften auf dem Gebiete der Lebensmittelpföhrung und ähnliche Fragen gestreift. Das Zentralarbeitssekretariat hat infolge der Einschränkung der Rente und wohl auch infolge des Krieges eine nicht unerhebliche Abnahme der ihm zur Betreuung übergebenen Sachen zu verzeichnen, nämlich 587, gegenüber 885 im Vorjahr und 1397 im Jahre 1914.

So gibt der Bericht eine umfassende Übersicht über das Gesehichte. Die gedrängte Darstellung läßt natürlich bei weitem nicht die Insunne von Arbeit erkennen, die notwendig war, um den Ruf der Generalkommission als anerkannten Sachwalterin der deutschen Gewerkschaftsbewegung zu machen. Daß es ihr auch im abgelaufenen Geschäftsjahre gelungen ist, kann ihr mit gutem Gewissen beifällig werden.

Was vorstehend über eine zurückliegende Zeit gesagt worden ist, kann mit demselben Rechte auch für die gegenwärtige in Anspruch genommen werden. Eine seit Anfang April durch dreizehn Nummern des „Korrespondenzblattes“ sich hinziehende Artikelserie: „Der gewerkschaftliche Wiederaufbau nach dem Kriege“, zeigt auch, mit welchem Bienenfleße die Redaktion des Organs bemüht ist, aufklärend und richtunggebend für die Gewerkschaftsarbeit zu wirken. Diese Artikel, die zumindst jedem Gewerkschaftsfunktionär als Ratgeberium für die nächste Zeit zugänglich gemacht werden sollten (Beschränkung), können hier Raum mangels halber nur in ihren Abschnitten wiedergegeben werden: Die Kriegswirkungen und die Gewerkschaften; Die wirtschaftlichen Auswirkungen; Der politische Streit und seine Maßnahmen; Die Qualifikationsfragen; Das Beitrags- und Unterhaltungsproblem; Das Problem der Frauenerwerbstätigkeit; Das Wohnproblem; Das Familienproblem; Das Wählereigen; Die Arbeitslosenfürsorge; Das Problem der Arbeitszeit; Die Kriegesbedingten Entschädigungen; Die sozialpolitische Reorientierung. Zu diesen ist, daß wahr wird,

was am Schluß dieser außerordentlich instruktiven Darlegungen gesagt ist: daß unser Gewerkschaftsleben in allen Organisations und Aktionen Zeugnis ablegen möge von der unverminderten Kraft der Arbeiterklasse, die den Krieg und seine Schrecken überwindet; daß auch recht bald auf dem Gebiete des internationalen Zusammenwirkens die Gewerkschaften ihre frühere Tätigkeit wieder aufnehmen, um das gemeinsame Interesse der Arbeit gegen das international verblindete Kapital zum Siege zu führen. My.

□ □ □ □ □ Korrespondenzen □ □ □ □ □

R. St. Berlin. (Brandenburgischer Maschinenleherverein.) Auch der am 4. August abgehaltenen Quartalsversammlung blieb die feurige Pflicht der Ehrung von fünf gefallen braven Kollegen nicht erspart. Feldpostkräfte und Kriegeszeugen waren in reicher Zahl eingegangen. Zur Tagesordnung übergehend, behandelte Kollege Braun eingehend die letzte Tarifausschüßung und speziell die Feuerungsanlagen und betonte am Schluß seiner Ausführungen, daß, wenn auch unsere Wünsche und Hoffnungen nicht voll erfüllt sind, wir doch immerhin anerkennen müssen, daß in Anbetracht der Widerstände gute Arbeit geleistet ist. Ein sorgfältig zusammengestelltes Material aus der Fachpresse (auch des Auslandes) festelte das Interesse der Kollegen. Die Handlungsweise einiger „Außenleiter“ fand die gebührende Würdigung seitens des Vorstehenden. Nächste Versammlung 1. September (Aufnahme einer wichtigen Statistik). — Vor Beginn des „Gesellschaftlichen“ fand eine kriegesgemäße, aber eindrucksvolle Feier zu Ehren des fünfzigjährigen Berufsjubiläums unseres altverehrten Kollegen Max Büßhoff statt.

Frankfurt a. d. O. (Bezirksversammlung am 28. Juli.) Die von neun Orten mit 56 Mitgliedern besuchte Versammlung ehrte zunächst das Andenken der seit der letzten Bezirksversammlung gefallen und verstorbenen Kollegen. (Der nicht besonders gute Versammlungsbesuch ist hauptsächlich der schlechten Zugverbindung zuzuschreiben; einige Mitglieder mußten aus diesem Grunde sogar übernachtet.) Dann gedachte der Vorstehende in Worten ehrender Anerkennung des verstorbenen langjährigen Verbandsvorstehenden. Den Bericht über die Würzburger Generalversammlung und die Tarifausschüßung gab uns der Gehilfenvertreter Duchâteau (Stettin). Für seinen lehrreichen und sehr ausführlichen Vortrag statete ihm die Versammlung besten Dank ab. Es folgte eine lebhaft Diskussions. Die allgemeine Stimmung der Mitglieder kam in folgender Resolution zum Ausdruck: „Die am 28. Juli im ‚Gewerkschaftshaus‘ in Frankfurt a. d. O. abgehaltene Bezirksversammlung nimmt von dem Mitteilenden des Gehilfenvertreter Duchâteau (Stettin) über die Tarifausschüßung Kenntnis und muß sich vorläufig mit der Erhöhung der Feuerungsanlagen einverstanden erklären. Die bewilligte Erhöhung ist jedoch noch lange nicht geeignet, für die noch stetig steigenden Lebensunterhaltungskosten einen Ausgleich zu schaffen. Die Gehilfen erwarten, falls die Feuerungsverhältnisse sich anders entwickeln, als auf der Tagung des Tarifausschusses vorausgesehen war, schon vor dem Frühjahr 1919 ein weiteres Entgegenkommen seitens der Prinzipalvertreter hinsichtlich ihrer Forderungen. Ferner hätte die Gehilfenchaft bezüglich der Arbeitslosenberechnung resp. des Einführungstermins der beschlossenen Feuerungsanlagen ein größeres Entgegenkommen seitens der Prinzipalvertreter erwartet.“ Laut Bericht der einzelnen Ortsvorstände sind in unserm Bezirke leider in bezug auf die Beihilfungsansatz im Verhältnis zu 1914 verschiedene Überschreitungen zu verzeichnen. Die entsprechenden Schritte beim Tarifamt sind eingeleitet. Nach Erledigung verbleibender interner Angelegenheiten wurde die Versammlung geschlossen.

Neauiß. In der am 4. August abgehaltenen Monatsversammlung nahm man u. a. Kenntnis von der Einführung der neuen Feuerungsanlagen, die sich diesmal glatt vollzog. Von der Erkenntnis der Feuerung gelöst, bewilligte eine Firma ihrem Personal bereits drei Wochen vor der tariflichen Einführung eine Feuerungszulage von 5 Mk. für die Woche, eine kleinere Druckerei zahlte die vollen 10 Mk., eine andre ein Erhebliches mehr aus. Der Vorstehende Scholz verlas den Versammlungschwänzern kräftig den Text.

□ □ □ □ □ Rundschau □ □ □ □ □

Von Buchdruckern im Kriege. Von den im Felde stehenden Mitgliedern unserer Organisation erhielt Kollege Jakob Barry (Landau) als sechsundzwanzigstes das Eiserne Kreuz I. Klasse. Ferner erhielten die Auszeichnung II. Klasse: Felix Cronau (Berlin), Max Spiller (Wien), Karl Schäfer (Gentoborn), Max Lipkowitz (Neukölln), Gustav Friedrich, Karl Kieffer und Ludwig Schreiber (Neukölln a. d. S.), Albert Pölsing (Zempelhof) sowie Gärtnier (Neukölln). 6169 Verbandskollegen haben so mit das Eiserne Kreuz erhalten.

Nachnahmezwerte Beifolge. Die Buchdruckerei des „Neuköllner Tagblattes“ zahlt die volle Feuerungszulage, auch die am 1. Dezember fällige, schon ab 29. Juli. — Als außerordentliche Feuerungszulage zahlte die Gesellschaft Buchdruckerei Beber & Schönderg in Magden 1. 20 an ihre verheirateten Arbeiter je 250 Mk., an die ledigen 100 Mk. und an die Arbeiterinnen je 50 Mk. ohne Unterchied der Beschäftigungsdauer. — Sars vor Inkrafttreten

der neuen Zeuerungsanlage wurde das Gesamtpersonal der Druckerei und Verlagsgesellschaft in Lützen-dorf mit einer einmaligen Extrazulage bedacht. Es kamen Beträge in Höhe von 40, 50, 100 Mk. und mehr zur Auszahlung. Die Firma gewährt außerdem der Familie ihres im Felde lebenden Maschinenmeisters seit Kriegsausbruch einen monatlichen Zuschuß von 30 Mk.

Ferien! Die Firma Eiselförge in Düsseldorf drei Tage; „Düsseldorfer Zeitung“, A.-G., erhöhte die Ferien von drei auf vier Tage.

Erweiterung des Erscheinens der „Weimarer Schriftstellervereinigung“. Die „Weimarer Schriftstellervereinigung“, welche bisher monatlich erschien, wird vom 1. Oktober ab wöchentlich herausgegeben werden.

Weitere Regelung der Zeuerungsanlagen im Buchbindergewerbe. Außer in den bereits erwähnten wurde in einer Anzahl weiterer Städte durch Vereinbarung der beiderseitigen Vertreter eine Erhöhung der Zeuerungsanlagen erzielt. So erhalten die Buchbindergesellschaften in Bremen ab 1. August 10, ab 1. Dezember weitere 5 Mk. Den Arbeiterinnen wurden die Zulagen ab 1. August um 5,25, ab 1. Dezember um weitere 2 Mk. erhöht. Die Zuschläge für Überzeit- und Sonntagsarbeit erluden eine weitere Erhöhung um 25 Proz. In Hamburg-Altona erhalten die Buchbinder ebenfalls 10 bzw. 5 Mk., die Arbeiterinnen 6,50 bzw. 2,50 Mk. Für Überstunden ist die gleiche Verbesserung vorgesehen wie bei den Buchdruckern. Die verheirateten Gehilfen in Kassel erhalten vom 15. August bzw. 1. Dezember 9 bzw. 3 Mk., die ledigen 7 bzw. 3 Mk., für geübte Arbeiterinnen wurden 6 bzw. 1,50, für ungeübte 5 bzw. 1,50 Mk. festgesetzt. Die Buchbinder in Magdeburg erhalten ab 1. August 10, ab 1. Dezember weitere 4 Mk., die Arbeiterinnen 5 bzw. 2 Mk. Überstundenzuschläge wie bei den Buchdruckern. Nürnberg zahlt für Gehilfen ab 1. August 9, ab 1. Dezember 4 Mk. weitere Zeuerungsanlagen pro Woche, für Arbeiterinnen 6 bzw. 3 Mk.

Nachmals die Löhne der Rüstungsarbeiter. Wie vorauszuheben war, greift die rüchschrittlische Presse die Statistik des Metallarbeiterverbandes vielfach an und beweist die Zuverlässigkeit der darin enthaltenen Angaben. So erhebt z. B. der Geschäftsführer des Arbeitgeberverbandes für den Bezirk der nordwestlichen Gruppe des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustriellen in den „Düsseldorfer Nachrichten“ Widerspruch. Er behauptet, daß im gesamten rheinisch-westfälischen Industriegebiete nicht ein Arbeiter befragt worden sei, dessen Durchschnittsverdienst über 100 Mk. in der Woche beträgt, und kommt dann auf das Ergebnis einer Statistik des genannten Arbeitgeberverbandes zu sprechen, aus welcher er Stundenlöhne von 1,61 und 1,73 Mk. hervorhebt. Aus diesen Stundenlöhnen, die, nebenbei gesagt, als Maximum in Frage kommen, schlußfolgert er, daß in Düsseldorf allein eine ganz erhebliche Anzahl von Arbeitern vorhanden ist, deren Wochenverdienst 100 Mk. übersteigt. Abgesehen davon, daß bei regulärer Arbeitszeit auf Grund der angegebenen Stundenlöhne noch lange nicht Löhne von 100 Mk. erzielt werden können, wäre es jedenfalls nichts Ubergewöhnliches, wenn bei umfangreicher Überstundenleistung ein derartiger Lohn zustande käme. Das „Berliner Tageblatt“ bemerkt zu den Angaben der erwähnten Arbeitgebervereinigung, daß auch nach dieser Erhebung von „Rüstenlöhnen“ nicht gesprochen werden könne, und meint, wenn man Zeuerung auf der einen und schwere Arbeit auf der anderen Seite berücksichtigt, die ersten Löhne gewiß nicht übertrieben hoch genannt werden können. Von einigen Blättern wird u. a. betont, daß die Muni-

flonsarbeiter außer ihren hohen Löhnen auch durch Überweilung preiswerter Nahrungsmittel bestergerstellt seien als andre Bevölkerungskreise. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ bringt einen bemerkenswerten Artikel, in welchem zunächst die Statistik als durchaus zureichend bezeichnet wird. Die „Rüstenlöhne“ würden nur in Einzelfällen verdient und schließlich verallgemeinert. Der Stundenverdienst sei durchaus mäßig, und das höhere Wochenlohnkomme werde nur durch Überstunden, Nacht- und Sonntagsarbeit erreicht. Das Regierungsorgan bezeichnet die Löhne der Arbeiter mit Rücksicht auf die gegenwärtige Zeuerung im allgemeinen als angemessen, nicht aber als übermäßig hoch. Die Zuschüsse von Nahrungsmitteln kämen in der Hauptsache nur von der Heimat losgelassenen Arbeitern zugute, nicht aber den anfalligen, die die ganze Schwere der Zeuerung zu tragen hätten. In dem Artikel wird ferner auf die Erhebungen des christlichen Metallarbeiterverbandes verwiesen, die das gleiche Resultat ergeben hätten. Auch die Berichte der acht großen Eisen- und Stahlberufsgenossenschaften hätten einen Durchschnittslohn für den Vollarbeiter von nur rund 2088 Mk. im Jahr ergeben, was eine Erhöhung seit dem letzten Friedensjahr, in welchem 1413 Mk. verdient wurden, um 55 Proz. bedeute. Die Offenheit der „N. D. Z.“ berührt wohlthuend und trägt wesentlich zur Klärung der Verhältnisse bei. Allerdings findet dieser Artikel nicht die Zustimmung der rüchschrittlischen Presse. So bemerkt z. B. die „Deutsche Arbeiterzeiung“ höhnisch: „... Aber auch andre Organe, die sich bürgerlich nennen, lo auch die offizielle, Norddeutsche Allgemeine Zeitung, die sich neuerdings in Liebenswürdigkeiten gegen die Klassenkampfverhältnisse erschöpft, nehmen die Statistik des Metallarbeiterverbandes unbesehen hin und folgern daraus, daß alle sonstigen Angaben über eine außergewöhnliche Steigerung der Löhne auf Überfreibungen beruhen und daß im übrigen alles in besserer Ordnung ist.“ Die Bedenken der „Deutschen Arbeiterzeiung“ richten sich in der Hauptsache gegen die nach ihrer Auffassung unvollständige Statistik, da sie doch nur einen Bruchteil der Gesamtheit umfasse, sowie dagegen, daß auch jugendliche Arbeiter erfaßt wurden, deren Löhne naturgemäß niedriger sind und dadurch den allgemeinen Lohnstand abschwächen. Das erstere Bedenken haben wir bereits in unser Rundschau vom 19. 93 des „Vor.“ unter Hinweis auf die von der Statistik nicht erfaßten Anorganisierten abgehandelt. Gegen das letztere sei bemerkt, daß von einer bemerkenswerten Abschwächung des Lohnstandes durch die „niedrigeren“ Löhne der Jugendlichen nicht die Rede sein kann, weil gerade bei der Erregung über die „hohen Löhne“ der Munitionsarbeiter das Einkommen der Jugendlichen eine große Rolle spielte.

Anträge der „Volksfürsorge“. Bis Ende Juni 1918 wurden 36843 Anträge eingebracht, davon 34553 für Kapitalversicherungen mit 10368491 Mk. Versicherungssumme. Da im Jahre 1917 im ganzen 38966 neue Anträge eingebracht worden waren; ergibt sich das erfreuliche Resultat, daß die Zahl der in den ersten sechs Monaten dieses Jahres eingereichten Anträge nicht weit hinter der Gesamtzahl der eingebrachten Anträge während des Jahres 1917 zurückgeblieben ist.

Kriegsversicherungskasse der „Volksfürsorge“. Im ersten Halbjahre 1918 wurden für 60273 Personen 92734 Anteilsscheine gelöst und hierfür der Betrag von 463670 Mark eingezahlt. Nach den bis zu dieser Zeit gemachten Mitteilungen sind 2171 Personen, die mit 4364 Anteilsscheinen versichert waren, verstorben bzw. gefallen. An die Hinterbliebenen der verstorbenen Kriegsteilnehmer wurden in 646 Fällen für insgesamt 1493 Anteil-

scheine 37310 Mk. als Vorauszahlung geleistet. Nach den jetzt vorliegenden Todesmeldungen kämen aus der Kasse für jeden Anteil immer noch rund 100 Mk. zur Auszahlung. Die Kriegsversicherungskasse der „Volksfürsorge“ empfiehlt sich für alle diejenigen, die nicht rechnen müssen, an der Front verwendet zu werden. Für jeden Kriegsteilnehmer können bis zu 20 Anteilsscheine je 5 Mk. gelöst werden.

Nachmals die Gasthauswähe der Leipziger Arbeiterbewegung. Wie dem Mehrhame von der Kriegswirtschaftlichen Aktiengesellschaft in Berlin mitgeteilt wird, werden die Verfügungen des Reichskommissars für bürgerliche Kleidung den Leipziger Hotels während der Dauer der Kriegszeit 2300 Stück Bekleidung zur Verfügung gestellt.

Versehiedene Eingänge.

„Sozialistische Monatshefte.“ Herausgeber Dr. F. W. Müller 14 Tage ein Heft. Doppelheft 15/16, 24. Jahrgang, 1918, Berlin 90 97. Verlag der „Sozialistischen Monatshefte“ G. m. b. H., Berlin W 35.

Gestorben.

In Braunschweig der Buchdruckereibesitzer Bertram Walter, 52 Jahre alt.
In Breslau am 28. Juni der Drucker August Helm aus Zschau, 56 Jahre alt.
In Braunschweig am 17. Juli der Seher Georg Donner, 35 Jahre alt.
In Dortmund am 7. Juli der Seher Wilms aus Meppel (Niederrhein), 38 Jahre alt.
In Düsseldorf am 11. Juli der Seher August Siemer von dort, 40 Jahre alt.
In Frankfurt a. M. am 28. Juli der Drucker Jakob Schwela aus Schwelm (einer der fünfjährigen Verbandspublizisten von 20. Mai 1918), 87 Jahre alt.
In Hamburg am 21. Juli der Seherinvalide Rudolf Böcker von dort, 60 Jahre alt.
In Krefeld der Buchdruckereibesitzer Fritz Worms.
In Leipzig am 23. Juli der Maschinenfeger Otto Miegand von dort, 34 Jahre alt — Lungentuberkulose; am gleichen Tage der Seherinvalide Gustav Heise von dort, 69 Jahre alt — Blasenleiden.
In Münster am 29. Juli der Seher Bernhard Becker aus Ehrenfeld, 50 Jahre alt.
In Mannheim a. d. S. am 23. Juli der Seherinvalide Heinrich Sees aus Worms, 53 Jahre alt.
In Frankfurt a. d. S. am 27. Juli der Seher Wilhelm Böhm aus Reiffelbach, 52 Jahre alt — Lungentuberkulose.
In Karlsruhe am 10. Juli der Druckerinvalide Joseph Stum aus Münster, 67 Jahre alt — Herzschlag.
In Nürnberg am 23. Juli der Seher Abraham Kolb von dort, 53 Jahre alt.

Briefkasten.

P. S. in M.: 1. Ann, da wünschen wir lange Möglichkeit, weiter zu machen. 2. Wollen nun daran gehen, obwohl es von allen Seiten drängt. — **K. S. in M.:** Für freundl. Übermittlung besten Dank. Daß es in dem notleidenden Bayern noch ein ganz toller Arbeiter ist als in dem ausgehungerten Sachsen und in dem von Gott und einer energielosen Siederegierung verlassenen Leipzig im bezug dem, glauben wir ohne weiteres. Also, gu! Mail bis auf Weiteres! — **D. R. in S.:** Danken freundlichst. — **Cs.:** Es wird mit S. Fühlung genommen werden. — **A. S. in Aachen:** 3,45 Mk.

Verbandsnachrichten

Verbandsbureau: Berlin-SW 29, Chamißplatz 5 II, Fernsprecher: Amt Kurfürst, Nr. 1191.

Zur Aufnahme gemeldet

(Eingewandten innerhalb 14 Tagen an die beigelegte Adressliste.)
Im Gau Rheinland-Westfalen die Seher 1. Joh. Joh. Braun, geb. in Beuel 1870, ausget. in Bonn 1882; 2. Matthias Mielke, geb. in Bonn 1879, ausget. da. 1896; waren schon Mitglieder.
3. Fritz Petrowski, geb. in Bonn 1898, ausget. in Siegburg 1914; 4. der Drucker Karl Koppmann, geb. in Bonn 1867, ausget. da. 1885; waren noch nicht Mitglieder. — Emil Albrecht in Köln, Gersonhof 28.
Im Gau An der Saale der Seher Richard Meyer, geb. in Bernburg 1864, ausget. da. 1883; war schon Mitglied. — Supp König in Halle a. d. S., Al. Klausstraße 7 I.

Leipzig
Lieboldsche Begräbnis-Casse für Buchdrucker und deren Ehefrauen.
Sonntag, den 8. September 1918, vormittags 10^{1/2} Uhr, im „Volkskauf“, Gesellschaftssaal. [870]

Außerordentliche Generalversammlung
Sagesordnung: Antrag Mowolik und Gossion: Aussprache und Beschlußfassung über das Verfahren zur Einziehung und Auflösung der Mitgliedsbeiträge, welches nach Ereignissen der letzten Zeit Mängel aufweist, die einer schleunigen Abhilfe bedürfen.
Weitere Anträge zu dieser Versammlung sind nach § 15 der Statuten bis 29. August beim Vorstand einzureichen.
Als Ausweis beim Eintritt in den Saal dient das Mitgliedsbuch.
Zahrscheinlich der Mitglieder ist unbedingt erforderlich. Der Vorstand.

Akzidenzsetzer
in dauernde Stellung sofort gesucht.
Karl Kaehler, Buchdruckerei, Eilenach.

Schiffseher
in Dauerstellung [866]
Buchdruckerei B. Meyerheim, Brandenburg (Havel).

Lichtige Werkseher
finden für das Berechnen sofort bei uns Stellung. [876]
Pierersche Hofbuchdruckerei, Altenburg (S.-M.).

Maschinenseher
zum sofortigen Antritt gesucht. [871]
Buchdruckerei B. Gessellius, Demteln.

Synographseher
für Universitäts-Bücherei. [875]
„Gardener Hofbuchdruckerei“, Garndorfen.

Schweizerdegen
in Sach und Druck vorzügliches leistend, mit Lehrberechtigung, in allen vornehmlichen Arbeiten, möglichst auch Korrekturenlesen, erfahrung. [874]

Maschinenmeister
sauberer und zuverlässiger Drucker, für Zweifeldmaschinen mit Anleger (Sauger) habhaft in dauernde Stellen gesucht. Offerten mit Gehaltsansprüchen an C. Seifert, G. m. b. H., Adolphstr. 1. Thür.

Lichtiger Maschinenmeister
für Werk- und Plattendruck gesucht. Eintritt nach Abergang. Angebote erbittet. [867]
F. C. Haag, Buch- und Kunstdrucker, Welle in Hannover.

Lichtiger Maschinenmeister
im Werk-, Platten- und Illustrationsdruck bewandert und mit König- & Bauerischer Illustrationsdruckpresse und Universal-Anlegeapparat (Typ 1914) vertraut, per sofort oder 14 Tage nach Engagement in Dauerstellung gesucht. Hoffische und Steinbrucker, Diefisch & Bräukner, Weimar. [838]

Schiffseher
für unsere Kaugelerei gesucht. [412]
Pierersche Hofbuchdruckerei, Altenburg (S.-M.).

Versehiedene Werkzeuge
sowie sämtliche Werkzeuge für Maschinenmeister empfiehlt Kollege Max Volz, Leipzig-Stützsch, Papiermühlstr. 5 II. Preisliste gratis.

Die Verbandsausstellung
in Leipzig vom 1. bis 15. September 1918. Die Verbandsausstellung ist ein wertvolles Dokument der Verbandsarbeit. Sie zeigt die Entwicklung der Buchdruckerei in Deutschland. Die Ausstellung ist in der Halle der Buchdruckerei in Leipzig. Eintritt frei. [878]

Am 15. August verstarb
an einer im Felde sich zeigenen Krankheit unser lieber Kollege, der Seher [879]

Georg Niebl
aus Neuland (M.-A.). Der Gesangsverein „Synograph“ verliert damit seinen hochgeschätzten langjährigen Vorstand.
Sein Andenken wird stets in Ehren halten.
Die Mitgliedschaft Nürnberg. [879]

Am 12. August, abends 6 Uhr,
verstarb unerwartet unser lieber Kollege, der Maschinenfeger [879]

Mag Azepha
im 50. Lebensjahre. [869]
Diese Jahre in treuer Pflichterfüllung haben wir mit ihm zusammen gearbeitet. Es war ein lieber Kollege, dessen Andenken in hohen Ehren halten werden.
Die Maschinenfeger von Hülse & Sie, Berlin.

Bei den letzten Kämpfen
im Westen wurden uns wieder zwei junge Kollegen entziffen, die Seher [878]

Otto Scheuer
Mag Geje
aus Aachen.
Wir werden ihr Andenken in Ehren halten.
Ortsverein Aachen.

Bei den letzten schweren Kämpfen
im Westen fiel unser lieber Kollege, der Seher [877]

Paul Jäger
Ein ehrendes Andenken bewahren ihm.
Die Kollegen des Bibliographischen Instituts, Leipzig.

In einer schleichenden Krankheit,
die er sich im Felde zugezogen hatte, verstarb unser lieber Kollege, der Seher [872]

Simon Riegg
Ein ehrendes Andenken werden ihm stets bewahren.
Die Buchdruckerei von C. Baensch Jun., Magdeburg.